

Tagungsbericht:

„Vertriebene in der DDR – Zum Umgang mit einem Tabu“

(Leipzig, 14.11.2019)

(von Vincent Regente, Deutsche Gesellschaft e. V.)

Am 14. November 2019 fand die wissenschaftliche Tagung „Vertriebene in der DDR – Zum Umgang mit einem Tabu“ statt. Diese Veranstaltung organisierte die Deutsche Gesellschaft e.V. in Kooperation mit dem BdV – Bund der Vertriebenen und sie wurde durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig – Haus der Geschichte gefördert. Veranstaltungsort war der Vortragssaal des Zeitgeschichtlichen Forums.

Das Thema „Flucht und Vertreibung“ der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und den anderen Siedlungsgebieten schwieg die SED-Diktatur in der DDR aus politischen Gründen tot. Bestenfalls bezeichnete sie die Vertriebenen als „Umsiedler“, wobei der Eindruck entstand, dass die Menschen ihre alte Heimat freiwillig verlassen hätten. Dennoch beschäftigte dieses Thema Staat und Gesellschaft. Die Tagung ging der Frage nach, wie der Vertriebenenendiskurs in der DDR geführt wurde. Die Rolle der staatlichen Institutionen, von der SED bis hin zur Staatssicherheit, wurde dabei ebenso beleuchtet wie die Rolle gesellschaftlicher Organe, etwa der Kirchen. Auch Unterschiede zwischen den früheren Ländern – Mecklenburg war beispielsweise Hauptaufnahmegebiet – wurden herausgearbeitet und mit Zahlen unterlegt.

Die kulturellen Aspekte einer privat organisierten Erinnerungsarbeit von Heimatvertriebenen beleuchteten die Referenten und Gäste ebenso wie sie die Graubereiche der Behandlung in Kunst, Film und Literatur aufzeigten. Gleichmaßen berührte die Tagung die Zeit der Friedlichen Revolution und die Wiedervereinigung, die den Vertriebenen in der DDR neue Perspektiven eröffneten. Dazu zählten auch Entschädigungsregelungen und der ideologiefreie Aufbau von Beziehungen der Vertriebenen zu Menschen aus den Vertreibungsgebieten. Die Konferenz präsentierte die neuesten Forschungserkenntnisse und lud zur Diskussion ein.

Ziel der Tagung war es, 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Anfang vom Ende der deutschen Teilung, in Partnerschaft mit dem Bund der Vertriebenen einen eher wenig beachteten Aspekt der Vertreibungsgeschichte öffentlich zu diskutieren. In drei Themenblöcken mit unterschiedlichen Schwerpunkten wurde der Komplex erschlossen und von den Referentinnen und Referenten, den Podiumsgästen und dem Publikum diskutiert.

Zu Beginn begrüßten die anwesenden Gäste **Dr. Jürgen Reiche**, Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig, **Hartmut Koschyk**, parlamentarischer Staatssekretär a. D. und stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e. V. sowie **Prof. Dr. Bernd Fabritius**, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten und Präsident des Bundes der Vertriebenen. Koschyk verwies in seinen einführenden Worten darauf, dass das brennende Thema von Flucht und Vertreibung auch in der DDR jenseits der staatlich kontrollierten Sphären stets präsent gewesen sei. In der rigiden Politik der SED gegenüber der öffentlichen Präsenz der ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete und ihrer vormaligen Bewohnerinnen und Bewohner offenbarten sich erst in den 1980er-Jahren Risse, wie zum Beispiel die damalige Forschung von Manfred Wille an der Pädagogischen Hochschule Magdeburg gezeigt habe. Im Privaten hielten familiäre Verbindungen über die Grenzen hinweg das Thema wach. In seiner eigenen Familie, die über die Bundesrepublik, die DDR, die Volksrepublik Polen und die Tschechoslowakei verteilt war, blieben Flucht und Vertreibung bei Familientreffen immer ein Thema. Die mangelnde Aufarbeitung und Negierung ihres traumatischen Schicksals in der Öffentlichkeit wurden als persönliche Verletzung wahrgenommen.

Fabritius eröffnete seine einführende Rede mit Grüßen von Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel** und Bundesinnenminister **Horst Seehofer**. Er knüpfte an die Worte Koschyks an und verdeutlichte, wie sehr sich staatliche Erinnerungspolitik in ideologisierten Sammelbegriffen manifestiere. Innerhalb einer kurzen Zeit seien im Machtbereich der SED aus Flüchtlingen und Vertriebenen Umsiedler und dann alsbald „ehemalige Umsiedler“ geworden, was ihr schweres Schicksal und das fortdauernde Leiden verharmlost habe. Gleichwohl sei zu konstatieren, dass Ostdeutschland mit der „Wucht dieses Zustroms“ im Vergleich zum Westen „am schwersten getroffen“ war. Nach der Erfahrung von Flucht und Vertreibung erlebten die Vertriebenen spätestens mit dem Görlitzer Abkommen von 1950 einen „verordneten Heimatverzicht“. Wer nun das historische Geschehen und die Grenzziehung kritisierte oder eine Organisation der Vertriebenen anstrebte, wurde strafrechtlich verfolgt: Die Vertriebenen erlebten eine „Entrechtungserfahrung“. Für ihre Geschichten war „im engen ideologischen Korsett der DDR kein Platz.“ Folgerichtig entschieden sich viele Vertriebene bis 1961

für die erneute Flucht und verließen die DDR. Für diejenigen, die in der DDR verblieben, hatte die Erinnerung, abseits gelegentlich vorhandener kleiner Freiräume wie im privaten Gespräch und in manchen Kirchengemeinden, keinen Platz. So wurde aus Wolfgang Thier-
ses Geburtsort Breslau in seinem Ausweis der Ort „Wrocław“.



Prof. Dr. Bernd Fabritius begrüßt die Tagungsgäste.

Ihr Schicksal am Ende des Krieges und die Negierung ihrer Erinnerungen bildeten eine doppelt schwere, negative Erfahrung für die Vertriebenen. Dieser zum Trotz leisteten sie wie in der Bundesrepublik auch in der DDR einen entscheidenden Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands. Ihre Kulturen und Bräuche bereicherten trotz der abwehrenden Haltung der SED-Diktatur auch die DDR. Auch wenn die Erinnerung in vielen Familien weitergetragen wurde, dürfe man – so Fabritius – die jahrzehntelange, fehlende Erinnerungskultur in der DDR nicht unterschätzen. Die in der DDR propagierten Lügen, Verfälschungen und Verengungen hätten viele Menschen beeinflusst. Als ein Beispiel zitierte er aus einem „Lehrbuch für den Geschichtsunterricht der erweiterten Oberschule. 12. Klasse“ von 1961 aus Berlin, in dem es hieß, dass die „Umsiedlung“ der Deutschen den Völkern Ostmitteleuropas den Frieden ermöglicht und Deutschland die Chance gegeben habe, eine Demokratie – in Form der DDR – aufzubauen.

Fabritius schloss seine Rede mit dem Verweis auf die überwiegend friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa nach 1989, die vom Baltikum bis in die DDR endlich wieder Möglichkeit schufen, miteinander zu diskutieren und zu erinnern. Die deutschen Heimatvertriebenen reichten den Menschen, wie in der Charta der Heimatvertriebenen vor 70 Jahren festgelegt, und den Völkern Ostmitteleuropas die Hand. Diesen Brückenbau werde das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat mit seiner Heimatpolitik und der Unterstützung der Vertriebenenverbände fortsetzen.

Im Anschluss an die Rede von Prof. Dr. Bernd Fabritius begrüßte im Namen des Mitveranstalters, dem Nordost-Institut an der Universität Hamburg, dessen Direktor **Prof. Dr. Joachim Tauber** die Gäste.



Dr. Gundula Bavendamm bei ihrem Impulsvortrag

Dr. Gundula Bavendamm, Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, eröffnete mit ihrem Impulsvortrag den ersten Themenblock **„Flucht und Vertreibung – die SBZ/DDR als Aufnahmegebiet“**. Ihren Beitrag verdichtete sie inhaltlich mit einem Objekt aus der Sammlung der Stiftung. Es handelte sich um das Tonbandgerät und Tonbänder von Rudolf Arndt. Mit dem Gerät zeichnete er in der DDR die Geschichte seiner 1900 in Wolhynien geborenen Mutter auf, die vom zaristischen Russland 1915 hinter den Ural deportiert wurde. 1940 folgte im Zuge des sogenannten Hitler-Stalin-Paktes und des „Heim ins Reich“-

Programmes die Umsiedlung in den „Warthegau“. Von dort floh sie mit dem damals dreijährigen Rudolf Arndt in das damalige Mitteldeutschland. Die auf den Bändern geschilderte bewegende Geschichte werde in der künftigen Dauerausstellung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof ausgestellt.

Das Objekt versinnbildlicht für Bavendamm den Umgang und auch den Nicht-Umgang mit dem Thema der Vertreibung in der DDR. Obwohl in der dortigen Gesellschaft persönliche Erfahrungen und Kenntnisse hierzu weit verbreitet waren, sei es kaum thematisiert worden. Vorsichtige Parallelen könne man zur heutigen Zeit ziehen, in denen Flucht und Vertreibung ebenfalls kein Thema der breiten Öffentlichkeit seien und über das ähnlich viel Unwissen, etwa wie über das Leben in der DDR, verbreitet sei.

Ihren weiteren Beitrag gliederte Bavendamm in sechs Bereiche: Einleitend diskutierte sie die Quellenlage sowie den Forschungsstand und verwies auf die wesentlichen Arbeiten von **Dr. Heike Amos**, **Prof. Dr. Michael Schwartz** und **Prof. Dr. Philipp Ther**. Die Quellenlage über das Leben der Vertriebenen in der DDR sei vergleichsweise schlecht. In offiziellen Statistiken seien sie bald nicht mehr als eigenständige Gruppe geführt worden, sodass sich auf dieser Basis keine oder kaum Aussagen treffen ließen. Umso wichtiger seien daher Quellen unterhalb der zentralstaatlichen Ebene, d. h. kirchliche Quellen oder Zeitzeugeninterviews.

Im zweiten Abschnitt skizzierte Bavendamm bündig die Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen bei Kriegsende. Allein in Mecklenburg habe es nach der Kalkulation von Manfred Wille bei Kriegsende 700.000 Flüchtlinge und Vertriebene gegeben. Im dritten Teil ihres Vortrages ging Bavendamm näher auf die Situation der von der Zwangsmigration betroffenen Menschen in der SBZ nach Mai 1945 ein. Ähnlich wie in den westlichen Besatzungszonen war ihre Aufnahme zumeist durch provisorische Lösungen geprägt, wobei in der SBZ das Ziel der zügigen Assimilation im Vordergrund stand. In Mecklenburg bildeten Flüchtlinge und Vertriebene 1950 schließlich mit einem Anteil von 54 Prozent die Bevölkerungsmehrheit. Eine geschlossene Ansiedlung, zumal nach regionaler Zugehörigkeit, wurde aber mit wenigen Ausnahmen – wie die von Memelländer Fischern auf Rügen – von den Behörden unterbunden. Nur vordergründig konnten die Vertriebenen durch sogenannte „Umsiedlerausschüsse“ ihr Schicksal aktiv mitbestimmen. Vielmehr kam es lange vor einer abschließenden Lösung der sozialen und gesellschaftlichen Probleme zur Auflösung dieser Ausschüsse.

Den vierten Abschnitt ihres Referates fasste Bavendamm in der Frage „War das Sozial- oder Symbolpolitik?“ zusammen. Die schwierige soziale Lage der Vertriebenen stand in der SBZ und der jungen DDR in deutlichem Widerspruch zur staatlichen Propaganda, welche die vermeintlich zügige und erfolgreiche – ihren Status gar verbessernde – Aufnahme feierte. Die in diesem Zusammenhang erfolgende Überhöhung der Bodenreform ließ den Fakt außer Acht, dass die meisten Profiteure der Landverteilung einheimische Bauern waren.

Den fünften Teil ihres Vortrages widmete Bavendamm dem Umgang mit der Oder-Neiße-Grenze in der DDR. Das Görlitzer Abkommen von 1950 war ein international beachtetes und wichtiges Signal der DDR-Außenpolitik. In der SBZ und dann ab 1949 in der DDR war die Nachkriegsgrenzziehung umstritten und stieß in der Bevölkerung auf breite Ablehnung. Die SED war sich bewusst, dass die Anerkennung der Grenze ihre ohnehin schon geringe Popularität weiter mindern würde. Dennoch blieb ihr hier im engen Bund mit Moskau nur die „Flucht nach vorn“.

Im letzten Abschnitt ihrer Ausführungen diskutierte Bavendamm die Abwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen aus der DDR bis 1961. Nicht nur die sich herausbildende sozialistische Diktatur, auch die weiterhin angespannte soziale Lage habe viele Flüchtlinge und Vertriebene motiviert, die DDR zu verlassen. Ein Beispiel für die fortbestehende Notlage sei, dass Vertriebene in Mecklenburg 1953 im Schnitt nur 3,9 Quadratmeter Wohnfläche hatten, wohingegen die Einheimischen über 10,7 Quadratmeter verfügten. Vormalige Bauern, die nicht erneut in der Landwirtschaft tätig werden konnten, seien ebenso wie bürgerliche Schichten in die Bundesrepublik abgewandert. Dieser Sachverhalt solle aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Vertriebene in der DDR gleichwohl in der Führung oder an Universitäten in Relation zu ihrem hohen Bevölkerungsanteil durchaus stark vertreten waren. Das gelte auch vor dem Hintergrund, dass bis zum Mauerbau überproportional viele Menschen mit Vertreibungsschicksal die DDR verließen und ihre Zahl 1965 auf etwa 3 bis 3,5 Millionen Menschen abgesunken sei. Wie im Westen habe sich aber ein anhaltender Zuzug von Spätaussiedlern fortgesetzt.

In ihren abschließenden Ausführungen betonte Bavendamm die besonders schwere „Anpassungsleistung“, die den Vertriebenen in der DDR beispielsweise durch das Feiern der besonderen Freundschaft mit der Sowjetunion abverlangt wurde. Für viele Flüchtlinge und Vertriebene, die traumatische Erfahrungen mit der Roten Armee gemacht hatten, war dies – in nachvollziehbarer Weise – nur schwer erträglich. Den Anpassungsdruck konnten auch die in den Graubereichen der Diktatur stattfindenden geheimen Treffen der Vertriebenen,

beispielsweise im Leipziger Zoo, unter Kirchendächern oder bei den offiziell nicht existierenden, aber doch durchgeführten Heimatfahrten der Vertriebenen, nur ein kleines Stück weit abmildern. Ein bleibendes Defizit sei das über vierzigjährige Schweigen in der Öffentlichkeit und in vielen Familien, was eine Weitergabe der Erinnerung und Kultur an die nächsten Generationen nur in wenigen Fällen ermöglicht habe. Beispielhaft zeige sich dies daran, dass die Verbandsstrukturen der Vertriebenenverbände in den neuen Bundesländern weniger vital als in Westdeutschland seien. Auch in Zukunft gelte es noch manches Defizit auszugleichen. Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung möchte dazu ihren Beitrag leisten.



Von links: Renate Holznel, Prof. Dr. Joachim Tauber, Dr. Gundula Bavendamm, Gunter Dehnert

In der nachfolgenden Podiumsdiskussion debattierten **Dr. Gundula Bavendamm**, **Renate Holznel**, Vizepräsidentin des Bundes der Vertriebenen und **Gunter Dehnert**, Wissenschaftlicher Kurator am Pommerschen Landesmuseum Greifswald, unter der Moderation von **Prof. Dr. Joachim Tauber**.

Holznel, deren Eltern aus Königsberg kommen, reicherte das Gespräch mit persönlichen Erzählungen an, welche die bisherigen Ausführungen belegten: „Mich bewegt schon lange, was das Tabu in der DDR mit uns gemacht hat.“ Dehnert berichtete von der Arbeit des

Pommerschen Landesmuseums und dessen Selbstverständnis, das über die deutsch-polnische, aber auch deutsch-deutsche Grenze hinausgehe. Allerdings sei, immer wenn es um das Thema der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik gehe, das Erbe der DDR vor Ort noch öfter zu finden, da diese Vereinigungen ganz nach alter Manier weiter unter einem pauschalen Revanchismusverdacht stünden

Bavendamm verwies in der Diskussion noch einmal auf die enorme soziale Herausforderung, vor der sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR standen. Bei allen Unterschieden sei auch festzuhalten, dass in den Westzonen und der frühen Bundesrepublik die Forderung nach „Assimilation“ ebenfalls nicht unbekannt war.

Holznagel bestätigte aus persönlicher Erfahrung, wie sich die Agitation der SED-Propaganda auf ihr Leben auswirkte: Als Schulkind sei sie als Revanchist oder Klassenfeind beschimpft worden, wenn sie auf ihre ostpreußische Herkunft zu sprechen kam. Anschließend hätten die Mitschülerinnen und Mitschüler eine Distanzierung von ihrem vermeintlichen Revanchismus verlangt.

In der danach für das Publikum geöffneten Diskussion ergänzten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie Vertreterinnen und Vertreter der Vertriebenenverbände aus Sachsen und Thüringen die wissenschaftlichen und persönlichen Ausführungen der Referentinnen und Referenten. Zugleich wurde großes Bedauern darüber geäußert, dass die Aufarbeitung der Geschichte der Vertriebenen in der DDR erst jetzt – nach 30 Jahren – losginge und viele, die mittlerweile verstorben sind, diese gerne noch miterlebt hätten. Positiv wurde aus dem Publikum vermerkt, dass es nun auch in Sachsen einen Beauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler gäbe.

Dr. Heike Amos, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, eröffnete mit ihrem Impulsvortrag den zweiten Tagungsteil **„Der ‚Umsiedler‘-Diskurs in der DDR in Staat, Kultur und Gesellschaft“**. Als Amos ihre Forschungen zum Themenkomplex begann, beschäftigte sie die Frage, wie – und ob überhaupt – es der DDR gelang, ein Tabu über Flucht und Vertreibung durchzusetzen. Da die Flüchtlinge und Vertriebenen aus politischen Gründen schon bald nach Gründung der DDR nicht mehr als eigene Gruppe in den Statistiken erfasst wurden, existieren keine wichtigen Zahlen und Datenstränge, die für Langzeitanalysen benötigt würden. Bis heute bleibt die Geschichte der Vertriebenen in der DDR ein großes Forschungsdesiderat.

Zentrale Erkenntnis von Amos' Forschung war trotz der schwierigen Quellenlage, dass es der SED nicht gelang, die aktive Erinnerung an die Vertreibung vollständig zu verhindern. Auf familiärer und freundschaftlicher Ebene setzten sich, zumal in den 1950er- und 1960er-Jahren, Austausch und Verflechtungen fort. Die DDR-Führung musste sich ob dieser Präsenz in der Bevölkerung dem Thema stellen und sie tat es in vier Bereichen:

Zum ersten durch repressive Maßnahmen nach innen, zum zweiten durch die entgegenkommende Gestaltung der außenpolitischen Verhältnisse zu den Hauptvertreibungsstaaten Polen und der Tschechoslowakei, indem sie früh die Grenzfrage in deren Sinne regelte und öffentlich versuchte, eine freundschaftliche Verbindung zur Tschechoslowakei und zur Volksrepublik Polen zu pflegen und zu fördern; drittens, ließ sie in beschränktem Maße eine kulturelle Verarbeitung zu und viertens setzte sie in der deutsch-deutschen Auseinandersetzung auf einen propagandistischen Kampf gegen die Vertriebenenverbände, die sie als Teil der westdeutschen, revanchistischen Kriegstreiber brandmarkte und so das Thema und die Verbindungen der Verbände in die DDR insgesamt zu diskreditieren versuchte.



Dr. Heike Amos bei ihrem Impulsvortrag

Diesem Kampf fielen auch explizit kommunistische Verbände in der DDR, wie der „Schlesier-Ausschuss“ oder der „Bund Danziger Antifaschisten“ zum Opfer und wurden zur Auflösung gezwungen. Jede Form von weiteren Organisationsversuchen unterband die SED-

Diktatur. Die Forschung stehe bei der Untersuchung der Repression gegenüber Vertriebenen in der DDR aber vor dem Problem, dass in fast allen Akten die Namen der Betroffenen geschwärzt sind, da sie keine Personen der Zeitgeschichte seien. Daher sei es schwierig, weitere Informationen zu dem Prozess oder zur Person zu finden.

War das Organisationsverbot für die SED-Diktatur vergleichsweise einfach umzusetzen, so war das Versammlungsverbot wesentlich schwerer durchzusetzen. Bis in die 1950er-Jahre hinein gab es viele und auch größere illegale Treffen von Vertriebenen in der DDR, über die unter anderem vertriebene Reichsbahnmitarbeiterinnen und -mitarbeiter Fahrgäste informierten, die sie an ihrem Dialekt als Ostdeutsche erkannten. Die vermeintlich geheimen Treffen im Leipziger Zoo, welche die Staatssicherheit die ganze Zeit überwachte, wurden stillschweigend unter der Voraussetzung toleriert, dass keine Teilnehmer aus Westdeutschland anwesend waren und es zu keiner staatsfeindlichen Propaganda kam.

Ein weiterer Bereich, in dem keine Tabuisierung gelang, waren Theater und Lyrik. Amos stellte verschiedene Akteure vor, beispielsweise die Exil-Autorin Anna Seghers, deren sich zentral und kritisch mit dem „Umsiedlerthema“ beschäftigenden Kurzgeschichten in der Tagespresse veröffentlicht wurden. Auch Christa Wolfs stark autobiographisch geprägter Roman „Kindheitsmuster“ von 1976 hinterfragte beispielsweise den offiziellen SED-Sprachgebrauch kritisch, gleichwohl es sich keineswegs um einen Vertriebenenroman handelt.

1977 veröffentlichte Werner Heiduczek in der DDR seinen Roman „Tod am Meer“. In dieser fiktiven Lebensbilanz des Autors beschrieb er auch eingehend und ungeschönt sein Vertreibungserleben. Die Darstellung der Gewalttaten von Rotarmisten und die durch sie verübten Massenvergewaltigungen, von denen vor allem die Ostdeutschen betroffen waren, führte zu einer sowjetischen Intervention gegen die Veröffentlichung. Das Politbüro der SED ließ den Einspruch aber folgenlos verstreichen und im darauffolgenden Jahr konnte eine nächste Auflage erscheinen. So gelangten die sowjetischen Gewalttaten zunehmend zurück in die öffentliche Diskussion. Die Ursachen der Vertreibung oder gar die Grenzfrage zu diskutieren, blieb aber bis zum Ende der DDR tabuisiert.

An der folgenden Podiumsdiskussion nahmen neben der Referentin **Dr. Heike Amos**, **Dr. Markus Bauer**, Direktor des Schlesischen Museums zu Görlitz, **Volker Koepp**, Dokumentarfilm-Regisseur und **Dr. Alina Laura Just**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hafen-City Universität Hamburg (HCU) im Bereich ‚Kulturerbe und Museumswissenschaften‘, teil. Die Moderation übernahm **Steffen Neumann**, Chefredakteur des LandesEcho.

Just berichtete von ihren Forschungen im Bereich der kulturellen Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung vor allem in Rundfunk und Film der DDR, aber auch in der Bundesrepublik. Ähnlich wie Amos leitete Just die Frage nach der Existenz und der Funktion des Tabus. Sie untersuchte die Präsenz des Themas, von dem 25 Prozent der Bevölkerung betroffen waren, und das daher kaum vollständig zu unterdrücken gewesen sein könnte. Ihre Ergebnisse, die sie unter anderem in ihrer Dissertation veröffentlichte, überraschten sie selber: Flucht und Vertreibung fanden einen breiten Niederschlag in der Kultur der DDR. Just identifizierte zwei angebotene Perspektiven: zum einen die ideologische Lesart, in der die Vertriebenen zumeist überzeugte Antifaschisten waren und in der die Gewalterfahrungen gerade in den 1950er und 1960er Jahren noch stark beschönigt waren. Diese kommunistischen Narrative wurden in vielen kulturellen Erzeugnissen, wie beispielsweise in dem Film „Wege übers Land“ (1968), zum anderen um ein weiteres Angebot ergänzt: Mögen Figuren und Inhalte sozialistisch sein, so zeigten die dargestellten Bilder aber die ikonischen Leiderfahrungen der Vertriebenen, wie die Flucht mit dem Leiterwagen durch ein winterliches, weihnachtliches Land, das an Ostpreußen erinnert.



Von links: Dr. Markus Bauer, Dr. Heike Amos, Steffen Neumann, Dr. Alina Laura Just, Volker Koepp

Volker Koepp erzählte von seinem Schaffen als Dokumentarfilmer und Regisseur, in dem er sich in der DDR auch immer wieder direkt und indirekt dem Thema gewidmet habe. Ein

Beispiel dafür sei seine Auseinandersetzung mit dem Lyriker und Erzähler Johannes Bobrowski, die ihn seine ganze Schaffensperiode hindurch bis heute begleitet habe.

Markus Bauer widmete seine Ausführungen der Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung in Görlitz seit 1945. Noch weniger als in anderen Gegenden der SBZ/DDR ließ sich in der niederschlesischen, mit Flüchtlingen und Vertriebenen überfüllten Stadt die Präsenz von Flucht und Vertreibung negieren. Der schon von der SED dominierte Stadtrat plante 1946 vor diesem Hintergrund, ein Schlesisches Museum zu gründen, das sich auch dem „progressiven Erbe“ Schlesiens hätte widmen sollen. Erst die finale Anpassung der SED-Führung an die neuen Grenzverhältnisse führte zur stärkeren Negierung des Themas. Die kulturellen Fragen standen allerdings lange im Hintergrund, da Görlitz durch die durch Flucht und Vertreibung fast verdoppelte Bevölkerung unter einer massiven Wohnungsnot und Nahrungsmittelknappheit litt. Ohne die politischen Hintergründe auszublenden, müsse auch hier die enorme Leistung der Einheimischen und zwangsweise Zugezogenen beim langfristigen, trotz vieler Probleme von einer großen Solidarität geprägten Zusammenwachsen gewürdigt werden. Das gerate bei der Betonung der westdeutschen Leistungen bei der Eingliederung der Vertriebenen manchmal in den Hintergrund.

Amos ergänzte, dass zwar eine literarische Auseinandersetzung in Christa Wolfs „Kindheitsmuster“ von 1976 gegeben, aber viele Hintergründe und Anspielungen für Unwissende nicht unbedingt erkennbar gewesen seien. Sie selbst habe den Roman in den 1980ern allein für eine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit gehalten. Weiter verwies sie darauf, dass sich auch in der Bundesrepublik nach 1968 das Bild über Flucht und Vertreibung nachhaltig verändert und das Thema in der Öffentlichkeit an Bedeutung verloren habe. Amos schloss mit einem pessimistischen Fazit bezüglich dessen, was in der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte der Vertriebenen in der DDR noch möglich sei. Forschungsarbeit, die in den 1990er und 2000er Jahren noch hätte geleistet werden können, sei nun mit dem Verlust der bei der Vertreibung bereits erwachsenen Menschen praktisch unmöglich oder nur noch bruchstückhaft durchführbar. Und selbst für derartige Projekte sieht sie derzeit kein ausreichendes öffentliches Interesse, das die Förderung solcher Projekte noch begründen könnte.

Etwas optimistischer ergänzte Markus Bauer, dass im Schlesischen Museum in Görlitz an der Aktualisierung und Ergänzung des Schlussteiles der Ausstellung gearbeitet werde. Mit dem Ausstellungselement „Zeitgeschichte Schlesiens nach 1945“ solle auch die Geschichte der Schlesierinnen und Schlesier sowie der Erinnerung an Schlesien in der DDR stärker

Berücksichtigung finden, wobei gleichwohl nicht die Erkenntnis verschleiert werden könne, dass die Tabuisierung von Flucht und Vertreibung sowie der Geschichte der deutschen Ostprovinzen in der DDR schon erfolgreich vorangeschritten und weitgehend in den privaten Raum zurückgedrängt worden war. 1989 und in den folgenden Jahren habe es den nun schon gealterten Generationen – trotz mancher Initiativen – dann doch an Energie gefehlt, ein sich kurzzeitig andeutendes „schlesisches Revival“ zu verstetigen. Was bleibe, sei ein starker kultureller, privater und familiärer Schlesienbezug, der sich im lebendigen Dialekt, im Essen und in Brauchtümern widerspiegele.

An der anschließenden regen Publikumsdiskussion beteiligte sich u. a. ein Zeitzeuge, der bis 1949 im Zentralen Arbeitslager Potulice interniert gewesen sei; er gehörte zu zwei von zehn Geschwistern, welche die Zeit nach Kriegsende überlebten. Seine Mutter sei im Lager mehrfach vergewaltigt worden. Bis heute identifiziert er hier ein Tabu: Die Vergewaltigungen und die spezifische Rolle und Position der Frauen am Ende des Zweiten Weltkrieges spielen sowohl in der Forschung als auch in der Öffentlichkeit eine viel zu geringe Rolle.



Bernard Gaida bei seinem Impulsvortrag

Der letzte Themenblock der Tagung widmete sich der europäischen Aussöhnung unter dem Titel „**Die Rolle der Vertriebenen am Beispiel der deutsch-polnischen Verständigung**“.

Bernard Gaida, Vorsitzender des Verbandes der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen (VDG) und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in der FUEN (AGDM), hielt den Impulsvortrag, in dem er sowohl seine persönlichen als auch praktischen Erfahrungen einbrachte. Hierbei ergänzte er die bisherigen Erörterungen über die Gruppe der Heimatvertriebenen um die der Heimatverbliebenen. Nach 1945 nahmen sie ganz unterschiedliche Entwicklungen, aber ein Bezugspunkt verband sie weiterhin: die gemeinsame Heimat. Heute verwendet Gaida den Begriff der „Heimatverbliebenen“ nur noch vorsichtig, denn auch diese Menschen hätten durch die Flucht und Vertreibung ihrer ehemaligen Nachbarn und den Einzug neuer Staaten und Systeme ihre Heimat verloren. Ein alter Allensteiner habe dieses Gefühl vor einigen Jahren ihm gegenüber so zusammengefasst: „Nur der Himmel ist geblieben. Sonst ist das ein anderes Land.“ Denn was sei das für eine Heimat, die ihren Bewohnern verbat, ihre Sprache zu nutzen, ihre Sprache aus der Öffentlichkeit entfernte und in der Namen zwangsgeändert wurden? Gaida fasste das Schicksal der deutschen Minderheit in der Volksrepublik Polen prägnant zusammen: „Ja, sie waren in der Heimat, aber mit jedem Vertriebenen, mit jedem Spätaussiedler, mit jedem Schuljahr ohne Deutschunterricht, wurde die Heimat immer fremder. Auch wir sind vertrieben.“

Diese Erfahrung verbinde die Heimatverbliebenen der Volksrepublik Polen mit den Heimatvertriebenen in der DDR: das Leben in der Lüge. Zudem teilten die Menschen, die in den sozialistischen Diktaturen gelebt haben, ein Bewusstsein und feine Antennen dafür, wozu der Staat im Zweifelsfall alles in der Lage sei. Ein Beispiel dafür ist nach Gaida die fast vollständige Beseitigung der deutschen Kultur in Schlesien.

Im folgenden Abschnitt seines Vortrages ließ Gaida die Geschichte der deutsch-polnischen Verständigung Revue passieren. Die „Grenzen von 1937“ und das „Recht auf Heimat“ hätten in der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90 offiziellen Charakter gehabt und seien aus dem Rechtsverständnis sowie der auch emotionalen Schwierigkeit, sich umgehend und final von den vorherigen Provinzen zu trennen, erklärbar. In der Volksrepublik wurden sie verzerrt und einseitig als bloßer aggressiver Revanchismus wahrgenommen, von dem sich auch die polnische Kirche vereinnahmen ließ. Auch die „Charta der Heimatvertriebenen“ von 1950, die als ein frühes Verständigungsangebot verstanden werden könnte, sei „als eine Art Frechheit“ rezipiert worden. Bis heute sei in Polen die Meinung gängig, dass man nicht auf etwas verzichten könne, worauf man kein Recht habe. Problematisch sei in diesem Zusammenhang auch, dass das Konzept der „Kollektivschuld“ das Verhältnis zwischen der

Bundesrepublik Deutschland und Polen weiterhin belaste. Nur ohne eine tatsächlich tiefgründige Verständigung sei aber keine Versöhnung möglich, da sie ansonsten zwangsläufig oberflächlich und damit instabil bleibe. Mutige Schritte seitens der Kirche oder einiger Kirchenmänner hätten hier wichtige Schritte geleistet, ohne aber die notwendige Breitenwirkung zu erreichen. Politiker zitierten immer wieder aus dem bahnbrechenden letzten Absatz des Briefes der polnischen Bischöfe von 1965 „Wir vergeben und bitten um Vergebung“, ohne dass dieser Anspruch von Seiten der deutschen und polnischen Politik, Öffentlichkeit und weiter Teile der Kirche bisher tatsächlich eingelöst worden sei. Sich wiederholende deutsche Versöhnungsbitten blieben ohne Reaktion: „Dagegen haben deutsche Politiker schon so oft um Verzeihung gebeten – ohne eine Antwort zu erhalten –, dass hier schon eine Devaluation des Inhaltes droht.“

Auch wenn die „antideutsche Karte“ in Polen weiterhin gerne gespielt werde und nicht zuletzt Erika Steinbach zu einer starken, wenn auch zumeist negativen Popularisierung des Themas von Flucht und Vertreibung beigetragen habe, gebe es wichtige Symbole, bei denen die sozialistische und nationalistische Propaganda überwunden werden konnte: Die in der Volksrepublik und bis heute in Polen als „Polenfresser“ dargestellten Vertriebenenvertreter Herbert Hupka oder Herbert Czaja konnten 1990 gemeinsam mit 20.000 heimatverbliebenen und heimatvertriebenen Schlesiern an einer symbolisch wichtigen Veranstaltung in Lubowitz vor dem Eichendorff-Schloss teilnehmen und Hupka später zum Ehrenbürger von Ratibor werden.

Die Rolle der Vertriebenen als Vorreiter der Verständigung schon vor, aber vor allem nach 1989, dürfe nicht unterschätzt werden. Ihre Hilfe in der alten Heimat war keineswegs auf heimatverbliebene Landsleute beschränkt, sondern für alle Bewohner gedacht. Die geknüpften persönlichen Bande seien heute wieder besonders wichtig, in denen sich die politische Lage erneut einzutrüben drohe. Das gelte auch für die Kontakte zwischen den Minderheiten und den Kirchen in Europa. Es sei aber auch festzustellen, dass trotz aller politischer und sonstiger Schwierigkeiten das Verhältnis und die Sichtweise zwischen der Bevölkerung in Polen und Deutschland erstaunlich positiv bleibe. Und je mehr Wissen, je mehr Kontakte zwischen und über Deutsche und Polen vorhanden seien, desto besser sei die gegenseitige Einstellung. Dafür leisteten die Vertriebenen, ihre Verbände und Kulturinstitutionen – namentlich beispielhaft die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen – einen wichtigen Beitrag.

Gemeinsam mit **Bernard Gaida** diskutierten in der folgenden Podiumsdiskussion **Hartmut Koschyk**, Parlamentarischer Staatssekretär a. D. und stellv. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e. V., **Dr. Jens Baumann**, Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen und **Julita Izabela Zaprucka**, ehemalige Direktorin des Gerhart-Hauptmann-Museums in Hirschberg (Jelenia Góra) und Mitglied des Kuratoriums der Stiftung der Vertriebenen im Freistaat Sachsen.



Von links: Julita Izabela Zaprucka, Hartmut Koschyk, Steffen Neumann, Dr. Jens Baumann, Bernard Gaida

Gaida unterstrich die große Bedeutung von Partnerschaftsprojekten für die weitere Verständigung, vor allem unter Jugendlichen. Gleichzeitig beschrieb er die Hürden, die sich auf politischer Ebene seit einigen Jahren durch die PiS-Regierung in Polen ergäben. Im Vergleich zu Rumänien, das eine deutlich kleinere deutsche Minderheit habe, sei ein deutsches Schulwesen oder die Förderung deutscher Kultur in Polen quasi inexistent. Obwohl auf kommunaler Ebene die deutsch-polnische Freundschaft und Partnerschaft tatkräftig unterstützt werde und Fördergelder für Projekte im Überfluss da seien, werde der deutschen Minderheit in Polen auf nationaler Ebene kaum Aufmerksamkeit beigemessen oder durch Neuinterpretation der bestehenden Gesetze – wie die jüngste Entwicklung im genannten Schul- und Bildungswesen zeige – noch weiter marginalisiert. Auch bezüglich der weiteren Aussichten

äußerte sich Gaida ambivalent bis pessimistisch: Derzeit wanderten große Teile der deutschen Jugend in große Städte oder direkt nach Deutschland ab, hauptsächlich zum Studium. Ob es hier später zu einer Rückkehr oder einer langfristigen Umkehr komme, sei ungewiss.

Für Koschyk spielen Vertriebene und Spätaussiedler für die Verständigung zwischen Polen und Deutschland eine elementare Rolle. Auch wenn der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag von 1991 zunächst von allen Seiten eher negativ beurteilt worden sei, sieht er diesen als Meilenstein für die Anerkennung der deutschen Minderheit in Polen. Besonders die nach 1989, aber auch schon vorher entstandenen Partnerschaften zwischen deutschen Städten, Vertriebenenverbänden und den nunmehr auch völkerrechtlich verbindlich polnischen Städten, haben die innige Verständigung und Versöhnung zwischen Deutschland und Polen beflügelt. Mit vielen kulturellen und zivilgesellschaftlichen Initiativen nutzten die Vertriebenen Möglichkeiten, ihre eigene Erinnerungsarbeit in ihrer alten Heimat zu leisten und zugleich Verständigung zu fördern. Auf kommunaler Ebene sei eine intensive Zusammenarbeit mittlerweile kaum mehr wegzudenken, wie sich beispielhaft an der Initiative der deutsch-polnischen „Kommunalpolitischen Kongresse“ zeige.

Zaprucka berichtete von ihrer Arbeit in der deutschen und polnischen Museumslandschaft. Sie identifizierte ein großes Potential in Museen wie den Gerhart-Hauptmann-Häusern, die deutsche und polnische Schlesier zusammenbrächten. Viele kleine Meilensteine kultureller Natur würden helfen, die „wahre Geschichte“ beider Seiten zu bewahren, den nächsten Generationen zugänglich zu machen und völkerverbindend zu wirken. Außerdem seien die Verbindungen zwischen Deutschland und Polen sowohl politisch als auch zivilgesellschaftlich hervorragend, was nicht zuletzt die Vielfalt der gemeinsamen Konferenzen, Seminare und Tagungen zeige.

Für Baumann ist die politische, finanzielle und tatkräftige Unterstützung der Vertriebenen und Spätaussiedler sowohl Schlüssel für eine gelungene Länderpartnerschaft als auch für die erfolgreiche Integration dieser Personengruppe. Unmut entstehe dann, wenn einzelne Gruppen sich nicht mehr repräsentiert fühlten. Das sei sowohl bei den Vertriebenen als auch bei den Spätaussiedlern der Fall gewesen. Daher habe der Freistaat Sachsen den Posten eines „Beauftragten des Freistaats Sachsen für Vertriebene und Spätaussiedler“ ebenso wie eine Stiftung geschaffen, welche die Erinnerung wachhalten und den Dialog fördern solle. Die Vertriebene und Spätaussiedler möchten ihre eigene Geschichte aus ihrer Perspektive erzählen; dem werde die Arbeit der Stiftung gerecht. Mit Blick auf die Zukunft hob

Baumann den Mehrwert des Zeitzeugenarchivs im Haus der Heimat hervor, das Forschern und nachfolgenden Generationen die Möglichkeit gebe, verschiedene realistische und subjektive Eindrücke zu erhalten. Solange es noch machbar sei, fördere man die besondere Möglichkeit, dass Zeitzeugen an Schulen den kommenden Generationen ihre Geschichte erzählen.



Dr. Andreas H. Apelt verabschiedet die Tagungsgäste und dankt den Förderern der Tagung.

Zum Abschluss bedankte sich Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft e.V., bei allen Anwesenden und Mitwirkenden, die die Veranstaltung unterstützt und möglich gemacht haben und äußerte seine Bereitschaft für die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen in der Zukunft.